



### Commerzbank

#### Über das Zeichensetzen

Die Idee ist gut. Die Übernahme der Dresdner Bank nicht als Ausrottung dastehen zu lassen, sondern ihr Dreiecks-Logo (Das „Auge Pontos“ klingt etwas despektierlich) dem eigenen Firmennamen anzuhängen, wirkt freundlich. Und auch der Spruch „gemeinsam sind wir stärker“ ist eine nette Behauptung. Beides, das ergänzte Logo wie die Zusatzzeile, schmücken die Strategie der neuen, „großen“ Commerzbank gewiss vor allem nach innen. Denn die Tausenden von schrecklich gebeutelten Dresdner dürfen sich nun immerhin ordentlich erwähnt fühlen. Aber – kümmern sich eigentlich Kunden um Markensymbole?

Diejenigen, die die Markenzeichen in mühevoller Kleinarbeit entwickeln und sich dafür erstklassig bezahlen lassen, messen vorzugsweise den Bekanntheitsgrad eines Logos und schließen daraus auf die mögliche (!) Anziehungskraft. Das Firmenzeichen soll deshalb möglichst von vornherein „positiv“ besetzt sein, von Ratio (!) wie Emotion her. Die Deutsche Bank hat einmal berichtet, dass die in diesem Sinne „richtige“ Stellung ihres blauen Kastenbalkens Monate brauchte. Aber vielleicht ist die knapp zivilisierte Wirtschaftswelt genau wie die Parteienwelt mit ihren Symbolen eigentlich doch nur zur Würdigung des Analphabetismus zurückgekehrt, der mit Strichen und Kreisen und Farben auf sichtbare Unterscheidungsmöglichkeiten setzt. Rüdiger Szallies spricht darüber alljährlich auf dem Privatkunden-Forum von „bank und markt“ (siehe Heft 6/2009, Seite 36).

Dennoch darf man bescheidene Zweifel hegen, ob der Aufwand für die Gestaltung der Logos nicht doch wesentlich bescheidener sein könnte. Wenn nämlich der ziemlich normale Privatkunde und erst recht der aufmerksame Unternehmer inzwischen mehr als ein halbes Dutzend Bankverbindungen unterhält, ist er keineswegs der Wiedererkennung und der Anziehungskraft einer überwältigenden Optik erlegen. Nein, er hat „im Wettbewerb“ gelernt, was er wo am besten einkauft. Und zwar vorwiegend der Preise, der Konditionen wegen. Wie bei Aldi gegen Lidl.

Möge die Commerzbank auch in diesem Sinne die Staatshilfen nur nutzen, um dieselben eiligst zurückzuzahlen. K.O.

### VÖB

#### Im Schulterschluss mit Berlin?

Dass mittlerweile fast 90 Prozent aller Regelungen für die Kreditwirtschaft aus Brüssel kommen, hat gerade der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands nachweislich verinnerlicht. Schon zum 17. Mal präsentiert der VÖB eine Neuauflage (Stand 1. September 2009) seiner „Kreditwirtschaftlich wichtigen Vorhaben der

EU“ die mit weit über 300 Seiten längst Buchcharakter angenommen hat. Brüssel bleibt also weiterhin wichtig: Von der Auslegung der Verständigung II der Förderinstitute bis hin zu den laufenden Beihilfeverfahren diverser Landesbanken hängt auch die künftige Struktur des VÖB ganz wesentlich von der europäischen Ebene ab. Gleichwohl ist es keine Überraschung, dass sich der seit einigen Monaten amtierende Präsident des Verbandes, Christian Brand, in seiner aktuellen Bestandsaufnahme erst einmal der Berliner Politik zuwendet. Es zeugt jedenfalls von routinierter Verbandsarbeit, in dem derzeit noch frühen Stadium der Weichenstellungen der neuen Bundesregierung die zentralen Anliegen der öffentlichen Banken auch in Richtung Berlin zu artikulieren und mit einer gemeinsamen Positionierung die Erfolgsaussichten in Brüssel zu stärken.

Eine besondere Bedrohung des deutschen Bankenmarktes sieht der VÖB derzeit zu Recht in den von den G20-Staaten beschlossenen Verschärfungen des bankaufsichtlichen Regelwerkes. Egal wie hoch dabei die zu erwartende Aufstockung der Mindestkapitalquoten auch ausfallen mag und welche Differenzierungen es möglicherweise geben wird, es hätte aus Sicht des VÖB „für die deutsche Kreditwirtschaft und insbesondere für die öffentlichen Banken dramatische Auswirkungen“, wenn die stillen Einlagen nicht mehr dem traditionellen Kernkapital zugerechnet werden dürften. An dieser Stelle die Rückendeckung der neuen Bundesregierung in den anstehenden Verhandlungen und Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene zu gewinnen, ist deshalb für den Verband von zentraler Bedeutung. Aus dem Koalitionsvertrag eine Unterstützung herauszulesen, stille Einlagen unabhängig von der Rechtsform des Emittenten weiterhin als harte Kernkapitalbestandteile (Tier I) anzuerkennen, mag dabei seitens des VÖB in der Tendenz richtig sein. Aber bei dem gewohnten Gerangel der deutschen ZKA-Verbände untereinander bleibt erst einmal abzuwarten, ob sich das deutsche Kreditgewerbe in der konkreten Umsetzung der G20-Beschlüsse überhaupt auf eine gemeinsame Position gegenüber der deutschen Bundesregierung einigen kann. Und darüber hinaus unterliegen die endgültigen Regelungen dem Einfluss von vielen Ländern, die dieses Eigenkapitalinstrument überhaupt nicht kennen, und damit allen Ungewissheiten eines Kompromisses auf internationaler Ebene.

Wesentlich einfacher dürfte eine deutsche Verhandlungslinie mit Blick auf die Diskussionen über eine feste Leverage Ratio sein. Wer dieses Instrument als maßgeblich und verbindlich durchsetzt, plädiert damit faktisch für eine Abschaffung der mühsam eingeführten Regelungen von Basel II. An dieser Stelle von den ZKA-Verbänden über Bundesbank und BaFin bis zur Regierung eine einheitliche Position zu finden, dürfte gelingen. Aber das Thema an sich wird in angelsächsischen Ländern anders gesehen. Wenn der maximale Verschuldungsgrad für Banken als künftiges Instrument eingeführt wird, so kann das aus deutscher Sicht nur eine nachrichtliche Veröffentlichung dieser Leverage Ratio heißen, quasi als ergänzende Zusatzinformation zur Risikobeurteilung.

Eng mit der Eigenkapitalfrage zusammen hängt die Beurteilung der Verbriefung als Mittel zur Finanzierung der (mittelständischen) Wirtschaft. An dieser Stelle plädiert der VÖB für eine differenzierte Betrachtung und wirbt offensiv für staatliche Garantien zur „Wiederbelebung des im Zuge der Finanzkrise massiv in Verruf geratenen Instrumentes der Verbriefung“. Wie auch von mittelständischen Wirtschaftsverbänden propagiert, wollen die öffent-

lichen Banken die Mittelstandsverbriefung über die allgemeine Förderpolitik, beispielsweise der KfW, abgesichert sehen. Gegebenenfalls, so der Vorschlag, könnte man mit einem Absicherungsvolumen von einer Milliarde Euro für Mezzanine-Verbriefungen beginnen und ganz pragmatisch entscheiden, wie sich das Instrument bewährt. Spannende Frage: Lässt sich die Berliner Politik von der Notwendigkeit einer Anschubhilfe überzeugen oder setzt sie eher auf die Selbstheilungskräfte des Verbriefungsmarktes?

## Kapitalanlagegesellschaften

### Komparative Vorteile

Dass einzelne Unternehmen durchaus profitieren können, während es ihrer ganzen Branche schlechter geht als früher, kann man derzeit anschaulich an der internationalen Kreditwirtschaft erkennen. So konnte beispielsweise die Deutsche Bank ihre globale Wettbewerbsposition in den nun schon seit Mitte 2007 andauernden Krisenjahren zumindest gefühlt verbessern, obwohl auch sie 2008 von einem Konzernverlust gebeutelt war und mit ihren jüngsten Quartalsergebnissen 2009 im weltweiten Vergleich zwar wieder passabel abgeschnitten hat, aber längst nicht an die eigenen Werte des Jahres 2006 oder an die ihrer amerikanischen Wettbewerber heranreicht. Mit Blick auf die künftige Ausrichtung darf sich die Deutsche trotz ihrer nach wie vor bescheidenen Marktkapitalisierung unter den global agierenden Instituten und trotz des Ertragsabstands in Q3 des laufenden Jahres zu einigen großen Konkurrenten auch deshalb eher auf der Gewinnerseite sehen, weil sie nicht nach direkter staatlicher Hilfe greifen musste und somit in ihren strategischen Dispositionen frei geblieben ist.

Ein eindeutigeres Bild des Profiteurs in der Krise bietet in der hiesigen Fondsbranche die Universal-Investment. Die gemeinsame Frankfurter Fondsgesellschaft der drei Privatbankhäuser Berenberg Bank, Bankhaus Lampe und Hauck & Aufhäuser sowie der Landesbank Baden-Württemberg konnte jedenfalls im gerade abgelaufenen Geschäftsjahr gegen den allgemeinen Branchentrend sowohl ihr Nettomittelaufkommen (plus 15,4 Milliarden Euro) als auch ihr verwaltetes Vermögen (plus 22,6 Milliarden Euro auf 105,3 Milliarden Euro) beträchtlich steigern. Gelungen ist ihr dieser Aufschwung übrigens in einem Umfeld, wie es schwieriger kaum hätte sein können. Denn die Berichtsperiode der Gesellschaft stimmt nicht mit dem Jahreszyklus überein, sondern beginnt im Oktober, zuletzt also ausgerechnet fünf Tage nach der Erklärung der Bundesregierung zur Einlagengarantie für Sparer, die bekanntlich der Fondsbranche insgesamt vor gut einem Jahr einen dramatischen Einbruch bei Mittelaufkommen und Fondsvolumen bescherte (siehe Interview Mansfeld in diesem Heft).

Zu verdanken hat die Universal ihren ungebrochenen Aufschwung dem schon vor Jahren eingeschlagenen Weg hin zu einer „neutralen und unabhängigen Plattform für Administration, Insourcing und Risikomanagement“ wie sie selbst gerne ihr heutiges Leistungsspektrum umschreibt. Sie profitiert mit ihrer strategischen Ausrichtung nicht zuletzt von dem Zulauf für die Geschäftsfelder der Master KAG und der Private Label Fonds, die bei den institutionellen Investoren auch in den beiden vergangenen Jahren un-

gebrochenen Zuspruch fanden. Während die großen deutschen Gesellschaften, angefangen vom Marktführer Allianz Global Investors, über DWS Union Investment und Deka-Bank stark mit den Widrigkeiten der Nettomittelabflüsse oder im Falle der AGI zusätzlich noch mit der Integration der Cominvest zu kämpfen hatten, konnte sich die Universal ganz ihren gut laufenden Kerngeschäften widmen. Speziell im Bereich der Fondsadministration hat sie deshalb seit gut einem Jahr neben der Helaba Invest KAG am meisten profitiert. Allein ein Volumen von rund neun Milliarden Euro machte dabei schon die zu Beginn des Jahres 2008 gemeldete Übernahme der Administration der deutschen Wertpapierfonds der Frankfurter SEB Asset Management aus.

Gleich mit dem Start der neuen Berichtsperiode konnte auf neue Rechnung ein Effekt in ähnlicher Größenordnung verbucht werden. Anfang Oktober 2009 hat die Wiener Hypo KAG der Universal die Administration ihrer Fonds mit einem verwaltetem Vermögen von 7,5 Milliarden Euro übertragen. Und quasi im Gegenzug haben sich die Frankfurter mit zunächst 12,5 Prozent an der Hypo-KAG beteiligt, mit Option zu einer Aufstockung auf 25 Prozent. Von dieser Basis aus will die Universal-Investment in einem nächsten Schritt ihre Master-KAG-Dienstleistungen in ganz Österreich anbieten. Bezüglich ihrer weiteren Ziele gibt sich die Gesellschaft dabei überaus ambitioniert. In den nächsten vier Jahren will sie ihr verwaltetes Vermögen auf 150 Milliarden Euro steigern. Damit würde sie in eine Größenordnung hineinwachsen, in der sich heute die Fondsgesellschaften der beiden Verbünde bewegen.

## Britische Banken

### Zehn Prozent mit einem Schlag

Vom Wettbewerb gesteuert sind die Veränderungen im britischen Bankenmarkt nicht. Wie marode die zum gigantischen Ungeheuer angewachsene Royal Bank of Scotland ist, wird erst langsam klar: Während andernorts schon wieder Geld verdient wird – wenn auch unglücklicherweise oft in jenen volatilen Geschäftsfeldern, welche die Krise erst ausgelöst hatten – benötigt die RBS, einst Musterknaube im europäischen Kreditgeschäft, weitere Staatshilfen. Dass ein Institut seine Bilanzsumme in bloß drei Jahren auf 2 400 Milliarden Pfund verdreifachen kann, ohne dass von A wie Aufsichtsrat (non-executive directors) über F wie Finanzaufsicht bis Z wie Zentralbank zumindest Fragen gestellt werden, bleibt unerklärlich. Insgesamt sichern die Steuerzahler derzeit problematische Wertpapiere über 282 Milliarden Pfund ab. Zudem steckt die Regierung nun weitere 25,5 Milliarden Pfund direkt in die Bank. Auf Druck der EU muss die RBS Standorte in England und Wales, ihre Natwest-Filialen in Schottland sowie Teile des Investmentbankings abstoßen.

Auch andernorts im britischen Bankengeschehen zeigen sich deutliche Umbrüche: Wenn mit der HSBC das größte Institut des Landes den Sitz des Chief Executive von London in die alte Heimat nach Hongkong verlegt, gereicht dies schon kaum zur Schlagzeile. Niemand kann glauben, dass damit nicht eine maßgebliche Verschiebung der Geschäftsschwerpunkte einhergehen wird. Der Rivale Lloyds wird zwar nicht unter den staatlichen Schutzschirm für Schrottpapiere schlüpfen. Aber auch er braucht frisches Geld.

Die Gruppe will im Zuge einer Kapitalerhöhung insgesamt 21 Milliarden Pfund einsammeln, vornehmlich bei privaten Investoren. Gleichwohl beteiligt sich die britische Regierung mit 5,7 Milliarden Pfund an den Maßnahmen, um ihren Anteil am Unternehmen bei 43 Prozent zu halten. Als Auflage trennt sich die Bankengruppe neben der Marke TSB unter anderem von ihren Cheltenham & Gloucester-Filialen. Bei RBS und Lloyds zusammen stehen damit mehr als 900 Filialen zum Verkauf – immerhin knapp die Hälfte aller Großbank-Bankstellen in Deutschland.

Und noch eine frische Brise will die EU-Kommission dem strahlenden Bankensektor in Großbritannien zufächeln: Die Geschäftszweige von RBS und Lloyds dürfen nur an Neulinge auf dem britischen Bankenmarkt abgegeben werden. Interessenten gibt es genug: Dem Vernehmen nach haben Milliardär Richard Branson mit seiner Virgin-Gruppe und die Supermarktkette Tesco ihr Auge auf die Einheiten geworfen. Behält die BBC recht, könnten auch Namen wie der des deutschen Versicherungsgiganten Allianz oder deren Wettbewerber Generali und Zurich im Gespräch sein – wenn gleich dies angesichts des derzeitigen Allfinanz-Sterbens überraschen würde (siehe auch Leitartikel in diesem Heft). Damit steht der bislang von den Branchengrößen dominierte britische Bankenmarkt fast schon vor einem Neuanfang: Die „Einsteiger“ könnten sich mit einem Schlag rund zehn Prozent am Privatkundengeschäft auf der Insel sichern.

## Finanzpolitik

### Nach der Wahl ist vor der Wahl

Der letzte Kabinettsposten von Wolfgang Schäuble macht ihn als Finanzminister unabhängig genug, um auch unter den Regierungsparteien gemäß dem Motto verfahren zu können „Viel Feind, viel Ehr“. So bezeichnet er selbst seine neue Aufgabe auch als „ehrenhafte Zumutung.“ Die neue Regierung verfällt in Spendierlaune, die Zumutungen aber, so muss fairerweise unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit festgestellt werden, schiebt die Koalition nach hinten. Nach der aktuellen Finanzplanung fehlen bis 2013 insgesamt 300 Milliarden Euro, allein die Steuerreform ab 2011 führt zu Einnahmeverlusten von 24 Milliarden Euro jährlich. Schäuble windet sich und verweist auf die um 2,9 Milliarden Euro nach unten korrigierte Steuerschätzung, die verhaltene Wirtschaftslage und den vereinbarten Finanzierungsvorbehalt, Seehofer und Westerwelle lassen sich feiern. Verwunderlich ist, dass so wenig auf die geltenden Vereinbarungen geachtet und auf das Problembewusstsein der Bürger vertraut wird.

Erster Punkt: Die Bürger haben längst erkannt, dass nicht viel verteilt werden kann, wo nicht viel ist. Sie hörten im Wahlkampf die Vorwürfe zum Schuldenstaat, nun sehen sie, dass es anstelle des geforderten Umsteuerns eine höhere Kreditaufnahme gibt. Nach einer Umfrage des ZDF-Politbarometer finden 53 Prozent der Befragten die steuerlichen Erleichterungen nicht richtig, und nur 29 Prozent rechnen damit, dass die Ankündigungen auch umgesetzt werden. Ergebnis: Schon jetzt nehmen die Bürger die Politik nicht ernst und fürchten Verschuldung und Sparmaßnahmen mehr, als dass sie sich über die Steuergeschenke freuen. Zweiter Punkt:

das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrages. Die EU-Kommission hat bereits die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland angekündigt. Die „harte“ Umsetzung der im Stabilitätspakt vorgesehenen Sanktionen gilt vielen Beobachtern als unwahrscheinlich, solange das Defizit aufgrund der Wirtschaftskrise „Ausnahmecharakter“ hat. Bei der neuen Verschuldungsoffensive kann aber nicht mehr von „Ausnahme“ gesprochen werden. Und die Annahme, dass sich die Schulden über höhere Einnahmen selbst refinanzieren, halten sowohl die Wirtschaftsweisen als auch die Mitglieder des Sachverständigenrates für unrealistisch.

Dritter Punkt: Finanzverfassung und Schuldenbremse. Der Bund darf sich ab 2016 im Normalfall jährlich nur noch 0,35 Prozent vom BIP leihen, das sind nach heutigem Stand etwa neun (!) Milliarden Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 ist ein Gesamtdefizit des Bundes von mehr als 100 Milliarden Euro wahrscheinlich. Die Länder dürfen sogar ab 2020 überhaupt keine neuen Schulden mehr aufnehmen. So verwundert es nicht, dass Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zum Koalitionsvertrag Folgendes sagte: „Ich bin nicht sicher, dass alles im Bundesrat eine Mehrheit finden wird, denn es sind doch erhebliche Steuermindereinnahmen, mit denen wir rechnen müssen.“ Auf der Ministerpräsidentenkonferenz teilten Kollegen aller Couleur seine Auffassung, aber auch die Vertretungen der Städte und Gemeinden übten schon Kritik, denn auf die Kommunen kommen ebenfalls Mehrbelastungen zu. Schäuble verwies noch vor seiner Vereidigung darauf, dass auch die FDP die Schuldenbremse mit beschlossen habe. Will heißen: Überlegt gut, von was ihr euch verabschiedet, den teuren Wahlversprechen oder der Schuldenbremse. Viertes Punkt: die Finanzierung der Schulden. Kaum ein Land kann dies derzeit so günstig wie Deutschland. Ausländische Zentralbanken und Staatsfonds sichten ihre Anlagen von Dollar in Euro um und kaufen Bundesanleihen. Sollte die hohe Verschuldung Deutschlands von ihnen als Problem wahrgenommen werden, dann steigen nicht nur die zu zahlenden Zinsen, dann schwindet auch das Vertrauen. Und das käme den deutschen Staat wirklich teuer.

Die eigentliche Botschaft der letzten Tage lautet: Nach der Wahl ist vor der Wahl, insbesondere vor dem nächsten 9. Mai, wenn in Nordrhein-Westfalen die Bürgerinnen und Bürger zu den Urnen gerufen sind. „Sie wollen, dass ich mich völlig entkleide, während die politische Konkurrenz auf der Galerie im Pelzmantel sitzt.“ Das sagte Peer Steinbrück vor der Bundestagswahl, befragt nach seinen Einsparvorschlägen. Dieses Zitat könnte jetzt von Jürgen Rüttgers kommen.

Bettina Wieß

## Ertragsrechnung

### Trübe Aussichten?

„Obwohl die deutschen Banken per saldo substantielle Erträge aus der Auflösung von Rücklagen generierten, verblieb erstmals ein Bilanzverlust, der sich jedoch auf wenige Bankengruppen konzentrierte.“ Dieses zusammenfassende Ergebnis der Deutschen Bundesbank zu ihrer vor knapp zwei Monaten turnusgemäß vorgelegten Berichterstattung zur Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft in der Berichtsperiode 2008 kann nicht wirklich überraschen.

sehen. Zu viele Kreditinstitute haben in der abgelaufenen Bilanzsaison bis hin zu den Q3-Ergebnissen des laufenden Jahres mit hohen Verlusten aufwarten müssen. Mit den Großbanken, den Landesbanken, den Banken mit Sonderaufgaben, den Genossenschaftlichen Zentralbanken und den Realkreditinstituten sind für 2008 gleich fünf der neun von der Bundesbank regelmäßig betrachteten Bankengruppen mit ihrem Betriebsergebnis wie auch mit ihrem Jahresergebnis vor Steuern in die Verlustzone gerutscht. Rein zahlenmäßig repräsentieren diese 55 Institute per Ende 2009 zwar lediglich gut 2,5 Prozent der hiesigen 2 169 Banken, doch mit ihren Verlusten im Berichtsjahr 2008 haben sie in der Summe erstmals seit der differenzierten Erfassung der Ertragslage durch die Bundesbank das Plus beim Betriebsergebnis wie auch beim Jahresüberschuss der 2002 Institute aus den restlichen Bankengruppen (Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Zweigstellen ausländischer Banken sowie Regionalbanken und sonstige Kreditinstitute) überkompensiert und so das Gesamtbild nicht mehr umkehren können.

Ursächlich für den Jahresfehlbetrag in Höhe von 26,3 Milliarden Euro, wie ihn die Bundesbank aus den Einzelabschlüssen der Banken für das Berichtsjahr 2008 ermittelte, waren die „drastischen Verluste im Eigenhandel“, ein „erheblich gesteigener Bewertungsaufwand“ und „ungewöhnlich hohe Belastungen aus dem Finanzanlagengeschäft“, also allesamt Einflüsse, die im laufenden Jahr an vielen Beispielen öffentlich diskutiert wurden. In ihrer Mehrzahl haben die betroffenen Institute dabei im Verlauf der Bilanzsaison im Blick nach vorne versichert, die Bewertungsansätze betont vorsichtig ausgelegt zu haben und tendenziell von einer Wertaufholung zu profitieren. Von der Bundesbank indes wird dieser Optimismus nicht geteilt. Schon in ihrer Hinführung zum Ertragsbericht 2008 warnt sie vor einer Überschätzung der zwischenzeitlichen Erholungstendenzen und sieht eine nachhaltige Verbesserung der Ertragslage im Geschäftsjahr 2009 durch zunehmende Belastungen aus dem Kreditgeschäft gefährdet. Insbesondere bei den im Massengeschäft tätigen Instituten, also gerade bei den bislang noch einigermaßen glimpflich durch die Finanzkrise gekommenen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, schärft die Bundesbank damit zum wiederholten Mal das Risikobewusstsein.

Weitere Gefahren werden zudem für alle Bankengruppen in einer neuen Abwertungsrunde für strukturierte Wertpapiere ausgemacht. Die erhöhten Konjunkturrisiken, so beschreibt die Notenbank dieses Szenario, könnten zu einer weiteren Herabstufung der Ratings bei strukturierten Produkten und infolge des Anstiegs der Risikoaktiva zu einer Erhöhung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel führen. Folgerichtig plädiert die Bundesbank für die Stärkung der Eigenkapitalbasis durch Aufbau eines antizyklischen Eigenkapitalpuffers. Dass die zu erwartenden höheren regulatorischen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen ihrerseits die Ertragsaussichten im Kreditgewerbe im Vergleich zu den Verhältnissen vor Ausbruch der Finanzkrise verringern, wird angesichts der Vorteile einer höheren Stabilität des Finanzsystems für das kleinere Übel gehalten. Ob unter diesen Vorzeichen die Finanzierung der Wirtschaft gesichert werden kann, wird nicht explizit angesprochen. Aber die Gesamteinschätzung der Bundesbank zur Ertragslage 2009 fügt sich in ihr Bild von der Kreditversorgung der Wirtschaft: Im Mittelstand sieht sie diese erschwert, und bei größeren und/oder langfristigen Engagements von kapitalmarkt-orientierten Unternehmen hält sie auch die Befürchtungen einer Kreditklemme für realitätsnah und damit für diskussionswürdig.

## Retailbanking

### Risikokomponenten

Die gemeinsame Verantwortung für die Bankenaufsicht schafft ganz offensichtlich eine Seelenverwandtschaft oder zumindest einen gemeinsamen Blickwinkel. Denn ähnlich wie die Deutsche Bundesbank in ihrem Ausblick auf die Ertragslage 2009 (siehe „Trübe Aussichten“) hat auch Sabine Lautenschläger, die Exekutivdirektorin Bankenaufsicht bei der BaFin, die derzeitigen Risiken des Kreditgeschäftes in den Blickpunkt gerückt. Auf dem 7. Internationalen Retail-Bankentag der Börsenzeitung warnte sie jedenfalls die Kreditwirtschaft, in einem krisenbedingt schrumpfenden Markt zu sehr auf Konditionenpolitik zu setzen und dabei die Risikosteuerung zu vernachlässigen. Als Replik der Betroffenen auf diese Mahnung darf man die prompte Reaktion der Präsidenten der beiden großen Verbände am zweiten Tag dieser Veranstaltung werten. Sowohl Heinrich Haasis als auch Uwe Fröhlich zeigten sich zwar der Gefahren gewahr, sehen die Kreditausfälle aber bislang – dank des hohen Standards ihrer Risikomodelle – eher noch unter den Planansätzen ihrer Mitgliedsbanken.

Zusammen finden beide Positionen über die Zeitschiene. Denn die wirklichen Gefahren dürften mit einer zeitlichen Verzögerung erst im nächsten Jahr drohen. Diese Sicht der Dinge deckt sich übrigens mit den Beobachtungen der Schufa im Verbraucherkreditgeschäft. Auch dort wird die Risikolage derzeit noch als normal eingestuft. Mit dem üblichen Timelag lässt sich den Erfahrungen der Schufa nach aber erst ab dem zweiten Quartal 2010 beurteilen, in welcher Schärfe ein Anstieg der Ausfälle zu erwarten ist. Von der Leistungsfähigkeit der Scoring-Verfahren gibt man sich gleichwohl auch dort überzeugt und erwartet nach heutigem Stand der Dinge nur moderate Zusatzbelastungen.

Der Anlegerschutz als zweites großes Konferenzthema hat ebenfalls eine unübersehbare Risikokomponente. Denn in der derzeitigen Übungsphase mit den schon gültigen oder den vielleicht noch kommenden Regelungen im Anlegerschutz herrscht am Markt eine erhebliche Unsicherheit. Das beginnt bei ganz praktischen Dingen wie den Kostenbelastungen bei der Erstellung der viel zitierten Beratungsprotokolle im direkten Kundenkontakt wie in der Telefonberatung. Und es endet bei den Unklarheiten der rechtlichen Auslegung vor den zuständigen Gerichten mit all ihren schwer durchschaubaren Haftungsfragen. Wie sich die Branche hier sortieren wird, ist derzeit noch nicht klar abzusehen. Aber es spricht viel dafür, dass es eine Stärkung der Pole geben wird. Der Tendenz nach dürften die verschiedenen Formen des Direktvertriebs ebenso eine Aufwertung erfahren wie die hoch qualifizierte Beratung, letztere sicher auch mit deutlicheren Tendenzen zur Honorarberatung. Gefährdet sein dürfte hingegen die Mitte.

Auf die deutsche Bankenlandschaft übertragen, werden Sparkassen- und Genossenschaftssektor überlegen müssen, wie sie diesen Spagat schaffen und beides bieten können. Aber auch für die ING-DiBa sind die derzeitigen Herausforderungen kein Selbstläufer. Dem Vorstandsvorsitzenden Ben Tellings schwebt vor, seine gut informierte und selbstbestimmt handelnde Klientel durch Aufklärungsarbeit per Internet und/oder verständliche Beipackzettel für Produkte zu eigenen Portfoliomanagern heranzubilden.